

ARGUMENTATIONSHILFE

Tierschutz ernsthaft umsetzen

DIE LINKE.

THEMA

TIERSCHUTZ ERNSTHAFT UMSETZEN

Tiere sind keine Gegenstände, sondern fühlende Wesen. Der Schutz der Tiere steht im Grundgesetz, aber daraus folgt in der Praxis viel zu wenig. Die aktuelle Politik und die gesetzlichen Regelungen entsprechen nicht den Wünschen der Bevölkerung und richten sich auch nicht nach den Bedürfnissen der Tiere, sondern werden von Profitinteressen geleitet. Tiere werden in viel zu engen Ställen vorbeugend mit Antibiotika vollgepumpt, für Forschung gequält und für Pelze in Käfigen gehalten und gejagt.

DIE LINKE will die Standards bei der Tierhaltung erhöhen und Tierbestände verkleinern. Tierhaltung wollen wir wieder an die verfügbare Fläche binden, Käfighaltung, Qualzucht und medizinisch nicht notwendige Eingriffe verbieten. Transporte zum Schlachthof sollen auch innerhalb Deutschlands nicht mehr als 4 Stunden dauern dürfen. Wir müssen die Tierhaltung so umbauen, dass sie klimagerecht ist und gesellschaftlich akzeptiert wird. Die Konzerne, die vom bisherigen System profitiert haben, wollen wir dabei angemessen an den Umbaukosten beteiligen. Pelzhandel und die Jagd auf Raubtiere wollen wir generell verbieten. Genauso Delfinarien und die Haltung von Wildtieren in Zirkussen. Für Tierversuche schaffen wir einen verbindlichen Ausstiegsplan und wollen dabei schwere und schwerste Tierversuche sofort verbieten.

Was sagen die anderen?

Die Grünen fordern ähnliches wie wir. Sie wollen den Umbau aber durch Preisaufschlag finanzieren. Die **SPD** will Flächenbindung, weniger Antibiotikaeinsatz, verpflichtendes Tierwohllabel und Lebendtiertransporte von max. 8 Stunden. Die **CDU** will Tierwohlgesetz, Ausstieg aus Kükentöten, Fleischtransport statt Lebendtiere, Flächenbindung fehlt. 15 Jahren Bestandsschutz für Ställe. Für die **FDP** ist Tierwohl »keine Frage der Stallgröße, sondern des Zustands des einzelnen Tieres«. Die **AfD** will artgerechte Haltung und regionale Schlachtbetriebe.

LINKE Gegenargumente

Eine Finanzierung über Preisaufschläge ist sozial ungerecht, denn sie belastet vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen stark. Die Konzerne, die von den bisherigen Regeln profitiert haben, werden stattdessen aus der Haftung entlassen und können weitermachen wie bisher. Clemens Tönnies, Dieter Schwarz von Lidl oder die Albrechts haben Milliardenvermögen verdient zu Lasten der Bauern und der Verbraucher. So zu tun als wäre der Geiz der Kund*innen Schuld an den Bedingungen in der Landwirtschaft verdreht völlig die Lage.